

"40 Jahre Tomaten"

Eva Weickart

Kaum etwas wurde noch nicht über die neue und eigentlich schon dritte Frauenbewegung in Deutschland gesagt oder geschrieben. Wie wohl nur wenige andere gesellschaftliche Bewegungen wurde zumindest die autonome Frauenbewegung schon kurz nach ihrer Entstehung in den 70er Jahren von außen und innen analysiert, zwischenbilanziert und vorsehend schon einmal totgesagt. Weder der Frauenfriedensbewegung der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, weder den gewerkschaftlich und in Parteien organisierten Frauen noch den anderen Frauenorganisationen, die sich in der Nachkriegszeit neu bildeten, war eine solche Aufmerksamkeit je beschieden.

Die Geschichte der Neuen Frauenbewegung(en) in Deutschland - und die ihrer Vorgängerinnenbewegungen - ist damit von Anfang an auch die Geschichte ihrer Rezeption. Sie ist nicht zuletzt von Anfang an auch die Geschichte des Antifeminismus spezieller deutscher Prägung. Und eigentlich ist über alles doch schon alles gesagt...

Wenn aber jetzt allenthalben, weil 40 Jahre ins Land gegangen sind, Rückschau auf 1968ff. gehalten wird, dann lohnt es sich, doch noch einmal auf den Beginn und die Entwicklung der Frauenbewegung in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zu schauen. Lohnenswert, weil kaum eine von uns qua Alter und/oder Wohnort als direkte Zeitzugin für alle Entwicklungen der Frauenbewegung gelten kann. Lohnenswert, weil auch heute so manche(r) Medienschaffende nicht müde wird, aufzuzählen, woran die Frauenbewegung so alles die Schuld trägt. Lohnenswert, weil es auch so manches Märchen von der guten alten feministischen Zeit gibt, die wie alle Märchen mit »Es war einmal...« anfangen. Lohnenswert auch, weil alle Jahre wieder eine bekannte Autorin einen neuen Feminismus fordert oder wahlweise definiert.

(Lohnenswert nicht zuletzt, weil wir wohl kaum darauf hoffen können, dass heute, bei Betrachtung all derer, die uns wieder einmal von den Medien als die 68er angeboten werden oder sich selbst zu Wort melden, schlagartig klar wird, warum die Frauenbewegung einfach entstehen musste.)

Seit Mitte der 60er Jahre waren immer wieder Nachrichten aus Nordamerika, West- und Nordeuropa über eine zunehmende Bewegung von Frauen vorgedrungen. Die Amerikanerinnen, die Niederländerinnen, die Französischen, Italienerinnen, Schwedinnen, Norwegerinnen waren schon längst in Aktion, als in Deutschland noch wenig zu spüren war.

Irgendwann zwischen 1967 und 1968, darin scheint Einigkeit zu bestehen, muss es endlich auch in der Bundesrepublik passiert sein. Zum sichtbaren und hörbaren Zeichen des »es« wurde die zur Delegiertenkonferenz des Sozialistischen

Deutschen Studentenbundes (SDS) im Januar 1968 in Hannover vorgebrachte Resolution des »Aktionsrates zur Befreiung der Frau« aus Berlin. Darin hielten die Frauen den ach so antiautoritären SDS-Männern ihr autoritäres Verhalten gegenüber Frauen und besonders im Privatleben vor. Sie wollten sich nicht länger damit abfinden, zum Nebenwiderspruch erklärt und auf vermeintlich bessere Zeiten in einer sozialistischen Gesellschaft verwiesen zu werden. Die Kindererziehung hatten die Frauen allein am Hals, während die Genossen diskutierten.

Das Private ist politisch - dies wurde zur Botschaft, genau so wie der ebenfalls formulierte Anspruch »Wir lassen uns die Methoden des Kampfes nicht vorschreiben«.

Doch bei aller Liebe zur Theorie: ohne den legendäreren Tomatenwurf einer Delegierten auf die im patriarchalischen Gestus verharrenden männlichen SDS-Größen wenige Monate später in Frankfurt, hätten auch die weiteren Reden und Aktionen der Frauen (und selbst das legendäre Flugblatt des Frankfurter Weiberrates »Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen«) nicht solche öffentliche Wirkung entfaltet.

Wie politisch das Private war, zeigte sich spätestens wieder um 1970, als dann immer mehr Frauen gegen den Paragraphen 218 protestierten und damit offensiv für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen eintraten. Medial unvergessen ist bis heute die im Juni 1971 im ‚Stern‘ nach einem französischen Vorbild veröffentlichte Selbstbeziehungskampagne »Ich habe abgetrieben«. Es blieb nicht bei den 374 Frauen, die sich öffentlich bekannten. Selbst in kleineren Städten bildeten sich 218-Gruppen, sammelten Frauen Informationen, führten Listen von Kliniken, Ärztinnen und Ärzten, organisierten Fahrten für ungewollt schwangere Frauen nach Holland und, und, und. In den Gruppen und bei den Aktionen trafen Frauen aufeinander, die sich woanders nur selten auf diese Weise begegnet wären. Es gab die Frau, die noch nie in ihrem Leben an einer politischen Aktion teilgenommen hatte, es gab die zigfach marxistisch-leninistisch Geschulte und auch die Frau aus einer Gewerkschaft oder einer Partei, obwohl sich weder der DGB noch die SPD, FDP oder gar DKP so recht mit der beginnenden 218-Debatte anfreunden mochten.

Was auch immer die Frauenbewegung früher oder später trennen sollte, die Abschaffung des Paragraphen 218 war tatsächlich für einige Jahre ein gemeinsames Ziel. Ein Ziel, das, wie andere auch, nicht erreicht wurde, aber wesentlich dazu beitrug, dass sich Frauen immer bewusster wurden, wer alles über sie entscheiden durfte - nur sie selbst nicht. »Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine«, war nicht nur einfach ein beliebiger und beliebter Spruch auf Demonstrationen, sondern ein politisches Ziel, das mehr als zwei Frauen teilten. Umfragen aus dieser Zeit ergaben, dass rund 80 Prozent der Frauen gegen den Paragraphen 218 waren. Ein Ergebnis, das auch in der Politik nicht länger

unbeachtet bleiben konnte, verdankte doch gerade die neue Regierung unter Willy Brandt ihre Existenz dem Wahlverhalten der Frauen. Doch eine Abschaffung des Paragraphen 218 kam für die Bundesregierung nicht in Frage, mehr als eine Indikationslösung (mit medizinisch-sozialer, ethischer und eugenischer Indikation) sollte es (nicht zuletzt auf Grund massiven Drucks der Kirchen) zunächst nicht werden.

Der erste große Erfolg der noch jungen Frauenbewegung wurde gleichsam zur ersten großen Niederlage: die am 5. Juni 1974 im Bundestag verabschiedete Fristenlösung hatte keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht. Am 25. Februar 1975 wurde die Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt und am 21. Juni 1976 trat die bis heute gültige Indikationslösung in Kraft. Was dann laut Gesetz an Selbstbestimmung möglich war, wurde durch die Praxis meist konterkariert. In vielen Regionen gab es weder unabhängige Beratungsstellen noch medizinische Einrichtungen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornahmen. Rund 60.000 Frauen, so wurde geschätzt, fuhren pro Jahr auch weiterhin nach Holland.

Doch nicht zuletzt durch die Auseinandersetzungen um das Recht auf Abtreibung, wuchs das Interesse am Thema Frauengesundheit und daran, wer mit aller Macht über das Leben von Frauen entscheidet. Die 218-Gruppen hatten nach der juristischen und politischen Niederlage keine lange Lebensdauer mehr - die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung und die Forderung nach einer frauengerechten Medizin aber schon.

Wie politisch das Private war und ist, zeigt auch das zweite große gemeinsame Thema der Frauenbewegung der 70er Jahre. Über viele Jahre verleugnet oder als Randproblem abgetan, wurde das Thema erst in den letzten zehn, 15 Jahren so gesellschaftsfähig, dass sich auch etablierte Institutionen und Organisationen darum reißen, es bearbeiten zu dürfen, und durchaus so tun, als hätten sie es als erste entdeckt: Gewalt gegen Frauen.

Was für Deutschland unter anderem mit der Gründung des ersten Frauenhauses in Berlin 1976 und der Gründung von Notrufen für vergewaltigte Frauen und Mädchen begann und sichtbar wurde, ist somit erst aus heutiger Sicht eine frauenpolitische Erfolgsgeschichte. Weder die Regierungen, die Gesetzgebung, die Justiz, die Polizei noch die Öffentlichkeit hätten sich ohne die jahrzehntelange Vorarbeit der Frauenbewegung in der Frage Gewalt gegen Frauen öffentlich so positioniert, wie sie es heute tun. Davon war aber noch sehr wenig zu ahnen, als auch Frauen aus Deutschland im März 1976 am Internationalen Tribunal Gewalt gegen Frauen in Brüssel teilnahmen und selbst Antigewalt-Kongresse ausrichteten, so etwa im März 1977 in München, im März 1978 in Frankfurt und im April 1978 in Köln.

Weniger einhellig zeigten sich die unterschiedlichen Gruppen und Strömungen der Frauenbewegung bei fast allen anderen Fragen. Frauenerwerbsarbeit, Wirtschaftskrise und Frauenarbeitslosigkeit, Lohnunterschiede, die Debatte um Lohn für Hausarbeit, Sexismus in der Werbung, in der Sprache und im Alltag, Selbsterfahrung, Patriarchatskritik und Matriarchatsforschung, Autonomie und Ausschluss von Männern, Kritik an den herrschenden Verhältnissen, Schaffung von basisdemokratischen Projekten, Gründung von Frauenbetrieben, institutionelle Frauenpolitik, Differenz oder Gleichheit - dies alles und noch viel mehr wurde nicht von allen, die sich der Frauenbewegung zurechneten, aufgegriffen, geschweige denn zur gleichen Zeit. So summierten sich zunächst bis zum Ende der 70er Jahre die Trennlinien - bis es irgendwann in den 80er/90er Jahren für die meisten der noch Beteiligten zu anstrengend wurde, sich an Linien zu orientieren und eher zum pragmatischen Umgang mit Theorie, Praxis, sich selbst und anderen neigten.

Bis dahin war es durchaus ein weiter Weg, bis dahin stand jede frauenbewegte Richtung unter selbst- und fremdauferlegtem Legitimationsdruck - zumindest aber unter antifeministischer Beobachtung. Die selbstverständlichste und demokratischste Sache der Welt, nämlich unterschiedlicher Meinung zu sein (oder sie erst einmal zu suchen), geriet gern zum Vorwurf an über die Hälfte der Bevölkerung, sich nicht einigen zu können. Allerlei wohlfeile Zerrbilder von männerhassenden Lila-Latzhosen-Trägerinnen taten das übrige, um eine Richtung desavouieren und damit gleich alle anderen in Schach halten zu können. So fingen (und fangen bis heute) Frauen aus weniger autonomen Kreisen gern Sätze an mit »Ich bin ja keine Feministin...«

Übrigens: ein gern benutzter Vorwurf an die Frauenbewegung der 70er Jahre war auch, viel zu jung zu sein. Was sich, da wir alle in die Jahre gekommen sind, nun umgekehrt hat...

Wenig Berührungspunkte mit der sich entwickelnden autonomen Frauenbewegung bot in den 70er Jahren auch die (Bundes-)Politik.

Dabei war es doch 1969 zur Bundestagswahl so auf die Frauen angekommen. Sie stellten die deutliche Mehrheit der Wahlberechtigten und wurden von den Parteien vor der Wahl mit allem umworben - nur nicht mit frauenpolitischen Ambitionen. Die sozialliberale Koalition schuf erst 1972 im dann von Dr. Katharina Focke geleiteten Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ein Referat »Politik für Frauen«. (Es sollte noch etliche Jahre dauern, bis das Wort Frauen auch im Namen eines Bundesministeriums auftauchen sollte.)

Am 8. November 1973 traf der Bundestag aber die Entscheidung, eine Enquete-Kommission »Frau und Gesellschaft« einzurichten. Die Kommission hatte unter anderem die Aufgabe »1. Vorschläge für Gesetzesänderungen vorzulegen, um die volle rechtliche Gleichberechtigung zu verwirklichen;

2. Vorschläge dafür zu unterbreiten, wie neben der rechtlichen die soziale Chancengleichheit verwirklicht werden kann, um die Frau instand zu setzen, eine freie Entscheidung über ihre Aufgaben in der Gesellschaft treffen zu können;...« Wenn auch unter weiblichem Vorsitz, gehörten zur fünfköpfigen Gruppe der Abgeordneten drei Männer, und ebenfalls drei Männer zur fünfköpfigen Gruppe der Sachverständigen.

In ihrem Zwischenbericht bewertete die Enquete-Kommission, der auch der Abgeordnete Dr. Wolfgang Schäuble angehörte, die Situation der Frauen unter anderem wie folgt:

»Die Konflikte, denen speziell Frauen unterliegen, werden häufig unter dem Stichwort „Doppelrolle der Frau“ diskutiert. Gemeint sind damit Spannungen zwischen der Wahrnehmung der Familienaufgaben und der Erfüllung von außerhäuslichen Funktionen durch die Frau. Konflikte erwachsen nicht allein bei der gleichzeitigen Verbindung beider Aufgaben, sondern auch, wenn Frauen in ihrem Lebenslauf von einer Aufgabe zur anderen wechseln. Die Kommission sieht es als eine ihrer Aufgaben an, zum Abbau dieser Schwierigkeiten, zur Herstellung besserer Bedingungen für eine befriedigende Rollenkombination für Frauen und Männer und damit zur Gewährleistung der Wahlfreiheit beizutragen.«

Zu den ersten Beratungsgegenständen der Kommission gehörten:

- a) ungleiche Bezahlung von Frauen bei gleichwertiger Arbeit
- b) schlechtere Aufstiegschancen
- c) Mangel an Möglichkeiten, während einer ausschließlichen Tätigkeit in der Familie Verbindung zum Beruf zu halten
- d) Mangel an Teilzeitarbeitsplätzen, insbesondere an qualifizierter Teilzeitbeschäftigung für Frauen
- d) Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den Beruf.

Großen Raum in der anfänglichen Arbeit der Kommission nahm auch die Bildungs- und Ausbildungssituation von Frauen, die eigenständige soziale Sicherung und Alterssicherung von Frauen und die Repräsentanz in der Öffentlichkeit und der Politik ein.

Entgegen der ursprünglichen Planung, setzte die Kommission auch in der neuen Wahlperiode ab 1976 in veränderter Zusammensetzung die Arbeit fort und legte 1980 einen Endbericht vor. Themenschwerpunkte der weiteren Beratungen waren die Situation der Frauen in Beruf und Arbeitswelt, die Situation der Frauen in der Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viel ist darin die Rede von Wahlfreiheit für Frauen und Männer, von guter Ausbildung und Möglichkeit zur Teilzeitarbeit - und am Rande auch von der Notwendigkeit, rechtliche und strukturelle Verbesserungen, etwa durch ‚Gleichbehandlungsstellen‘, zu schaffen. Selbst ein Antidiskriminierungsgesetz wurde debattiert, aber mehrheitlich für entbehrlich erachtet. (Leicht an den heutigen Sprachgebrauch angepasst, könnten dieser Endbericht und selbst die Bundestagsdebatte zum Bericht aus dem Jahr 1981 als aktuelle Dokumente durchgehen... So forderte etwa die Abgeordnete

Schmidt (Nürnberg) - Renate Schmidt – ein Modellvorhaben zur Berufsorientierung und Aufwertung von Frauenarbeit »Männer in Mädchenberufen«.)

Von einer sichtbar wachsenden Gegenkultur in der Frauenbewegung war weder im Bericht noch in der anschließenden Debatte über die Maßnahmen etwas zu spüren. Die Enquete-Kommission bewegte sich, auch wenn sie explizit gesellschaftliche Anstöße geben wollte, doch in den klassischen Bahnen eines Frauenlebens: Schule, Beruf(sausbildung), Ehefrau, Mutter, Erwerbstätige/Arbeitslose, Rentnerin.

1975: Mitten hinein in die politisch-juristischen Auseinandersetzungen um den Paragraphen 218 und durchaus auch in die Arbeit der Enquete-Kommission fiel das Internationale Jahr der Frau der Vereinten Nationen, das sogar eine ganze Dekade der Frau einleitete. ‚Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden‘ lautete das Motto, die Erwartungen der neuen feministischen Frauengruppen an die Erfüllung dieses Anspruchs in der Bundesrepublik tendierten aber gegen Null. Die Frauen erwarteten schöne Reden - und die bekamen sie. Doch auch die Bundespolitik selbst wirkte nicht mit Vehemenz auf die von ihr beschriebenen notwendigen rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen hin. Zur nach außen sichtbarsten Aktion wurde eine Plakatserie zu gängigen Rollenklischees unter dem Motto: ‚Baut Vorurteile ab - baut Partnerschaft auf‘. Das Internationale Jahr der Frau wurde in der Bundesrepublik zu einem Jahr der etablierten Politik, allenfalls kritisch kommentiert von den neu entstandenen Frauengruppen. Für einige und dabei durchaus unterschiedliche Strömungen innerhalb der Frauenbewegung stand die Einmischung in die regierungsamtliche Politik nicht auf dem Programm. So mochten es Viele ohnehin nicht glauben, wenn Bundeskanzler Willy Brandt mahnte: »Das Jahr der Frau darf nicht ein Jahr der schönen Reden werden« oder der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl für seine Partei erklärte: »Unser Leitbild ist die selbständige und selbstbewußte Frau...« Für die Parteien und in ihnen bildeten wenigstens zu dieser Zeit nur die eigenen Frauenorganisationen ein kritisches Element. 1973 hatte sich die ASF gegründet, den Frauen-Ausschuss der CDU, ab 1988 Frauen-Union, gab es schon seit etlichen Jahren.

So wie die junge autonome Bewegung oft bewusst von der Politik übersehen wurde, übersah sie selbst nicht weniger bewusst, was sich in der Politik abspielte. Wahrgenommen wurden andere Dinge und Ereignisse, wie beispielsweise die Eröffnung von Frauenzentren oder auch Buchveröffentlichungen. Dazu zählen an erster Stelle »Der kleine Unterschied...« von Alice Schwarzer oder (aus einem gänzlich anderen Genre) Verena Stefans »Häutungen«, beide 1975 erschienen. Dazu zählt Anja Meulenbelt mit ihrem 1976 in den Niederlanden erschienenen Buch »Die Scham ist vorbei«, dazu zählen besonders auch amerikanische

Autorinnen. Wichtiger waren auch die beiden großen Zeitschriften und die vielen Veröffentlichungen mit kleiner Auflage. Die »Courage« erschien erstmals 1976, die EMMA ab Februar 1977.

Wichtiger waren vielfach auch die Selbsterfahrung und die damit verbundene Selbstvergewisserung innerhalb der jungen Bewegung. (Und vielleicht war manchen Frauen auch persönlich wichtiger, dass am 1. Januar 1975 das Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre sank.)

Nach dem verlorenen Kampf um den Paragraphen 218 zeigte sich die Frauenbewegung differenzierter denn je. Die relative Sprachlosigkeit zwischen der autonomen Bewegung, der Politik und ihren diversen Gliederungen änderte sich eigentlich erst mit der wachsenden Zahl von Anträgen auf institutionelle Förderung und Projektförderung. Frauenhäuser und Notrufe leiteten den Wandel ein, Geld für Arbeit einzufordern, die der Staat und die Kommunen nicht leisteten.

Die Frauenbewegung(en) der 70er Jahre waren nicht die einzigen gesellschaftlichen Bewegungen in dieser Zeit. Es gab sie alle, auch in der Hochphase der RAF und der staatlichen Terrorismusbekämpfung, als jede fortschrittliche Bewegung argwöhnisch durchleuchtet wurde. Es gab die Spontibewegung, es gab die wachsende Anti-AKW-Bewegung, die Ökobewegung, die Bewegung gegen die seit 1972 ausgesprochenen Berufsverbote, die Weiterführung der Bewegung an den Hochschulen und, und und. Alles in allem also ein bewegtes Jahrzehnt.

Notizen am Rande

1962

Eine Studie der UNESCO bringt es an den Tag: Nur 19 Prozent der befragten deutschen Ehefrauen sind mit ihrer Ehe zufrieden, während rund 92 Prozent der Männer ihre Ehe als glücklich bezeichnen.

1966

Im »Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frau in Beruf, Gesellschaft und Familie« heißt es: »Angesichts der Vielfalt geistiger und körperlicher Leistungen, die von der Hausfrau verlangt werden, erscheint es nicht verwunderlich, wenn demoskopische Untersuchungen ergeben haben, dass auch heute noch die Mehrzahl aller Frauen ihre Tätigkeit in Haushalt und Familie als Lebensaufgabe und Berufung verstehen...«

1966

Die beginnende Wirtschaftskrise wirkt sich besonders auf Frauen aus, mehr Frauen als Männer verlieren den Arbeitsplatz. Rund ein Drittel der Erwerbstätigen sind Frauen und rund 70 Prozent dieser Frauen arbeiten auf schlecht bezahlten Stellen, viele als Angelernte, viele in den so genannten Leichtlohngruppen.

1966 bis 1969

Die erste Große Koalition mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler regiert und die Studentenbewegung (vor allem männlich) entsteht.

»Mehr Demokratie wagen« heißt es dann bei der SPD. Nach der Bundestagswahl 1969 regiert erstmals eine sozialliberale Koalition mit Willy Brandt.

1969

Am 17. März wird Golda Meir zur israelischen Ministerpräsidentin gewählt.

1969

Die deutsche Bundespost bringt am 11. August in Erinnerung an 50 Jahre Frauenwahlrecht drei Sondermarken heraus. Geehrt werden Marie Juchacz, Marie-Elisabeth Lüders und Helene Weber.

1971

In London wird das erste Frauenhaus eröffnet.

1972

Der DGB erklärt das Jahr zum Jahr der Arbeitnehmerin.

1972

In Berlin eröffnet das erste Frauenzentrum.

1972

Die durchschnittliche Rente einer Arbeiterin lag bei 199 Mark (Männer = 545 Mark), die einer Angestellten bei 382 Mark (Männer = 823 Mark).

1972

Annemarie Renger wird Bundestagspräsidentin

1973

Beginn der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Um 1974/1975 wächst die Zahl der arbeitslosen Frauen beträchtlich.

1975

1,6 Millionen Erwerbstätige verdienen über 2000 Mark im Monat.

Nicht einmal drei Prozent von ihnen sind Frauen.

Es gibt 1,9 Millionen Beamte und 244.000 Beamtinnen.

1975

Die Polizei durchsucht das Frankfurter Frauenzentrum wegen der zahlreichen Aktivitäten gegen den Paragraphen 218 und beschlagnahmt unter anderem die Ärztekartei.

1977

Am 1. Juli tritt das neue Scheidungsrecht in Kraft.

1978

Die Verfassungsbeschwerde einer Witwe hat keinen Erfolg. Die Begrenzung der Witwenrente auf 60 Prozent der Rente des verstorbenen Mannes verstößt danach nicht gegen das Grundgesetz.

1978

Die Redakteurinnen der EMMA reichen Klage wegen Sexismus' gegen den ‚Stern‘ ein, haben aber keinen Erfolg.

1979

29 Frauen aus einem Gelsenkirchener Betrieb klagen in erster Instanz erfolgreich gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein, verlieren die Berufungsverhandlung und gewinnen schließlich zwei Jahre später vor dem Bundesarbeitsgericht.

1979

Im Iran protestieren die Frauen vergeblich gegen den Schleierzwang und die Verbannung aus der Öffentlichkeit nach der Machtübernahme durch Ajatollah Khomeini.

1979

Die UNO beschließt das Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau (CEDAW).